

DER GRÜNSPECHT

Die Zeitung der GRÜNEN Ried / lfd. Nr. 79 / Winter 2004



Auch 2005 auf eine gute Zusammenarbeit!



Dieses Bild wurde gemalt von Anna Gramberger, 10 Jahre

AUS DEM INHALT:

Thema Handy S. 2-3

GR Gramberger und StR Demiryürek befassen sich mit den Themen Handy und Sendeanlagen.

Rieder Messe S. 5

GR Dr. Wageneder zur aktuellen Entwicklung der Rieder Messe.

Hospiz S. 6

Dr. Harald Retschitzegger erhielt den Menschenrechtspreis des Landes OÖ.

Kinderbetreuung S. 7

LAbg. Maria Wageneder über neue Wege der Kinderbetreuung.



DIE GRÜNEN

Das Jahr 2004 neigt sich dem Ende zu. Es war politisch ein bewegtes Jahr, in dem sich in Ried vieles getan und verändert hat. Der Gipfel dieser Veränderungen war sicherlich das Zusammenfinden dreier durchaus unterschiedlicher Parteien zu einem politischen Bündnis und die daraus resultierenden neuen Mehrheitsverhältnisse, die erhebliche Chancen zur Verbesserung der politischen Kultur bieten, was letztlich auch der Stadt Ried nutzt.

Zugegeben, politisch betrachtet handelt es sich bei dem Bündnis von GRÜNEN, Sozialdemokraten und Freiheitlichen um einen exotischen Mix. Bezogen auf die Dialogfähigkeit der handelnden Personen jedoch, ist dieses Bündnis ein verständliches Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahre. Wir haben den Willen, Politik nach den Grundsätzen von Offenheit, Transparenz und Fairness zu gestalten. Auf dieser Basis freuen wir uns, auch im kommenden Jahr wieder für Ihre Anliegen Ansprechpartner sein zu dürfen und aktiv an der Gestaltung unserer Stadt mitwirken zu können.

Wir wünschen allen Riederinnen und Riedern, unseren Kolleginnen und Kollegen von SPÖ, FPÖ und ÖVP ein gesegnetes Fest und besinnliche Tage im Kreise Ihrer Familien und Liebsten. Rutschen Sie gut ins neue Jahr und bleiben Sie uns und dem Grünspecht - im Sinne eines guten und kritischen Dialogs - treu!

Die GRÜNEN Ried



Gemeinderat Max Gramberger: Handymania - wo liegen die Gefahren?

Jedes Handy besitzt eine Antenne, mit der es Kontakt mit der nächstgelegenen Basisstation aufnimmt. Die magnetische Feldstärke ist umso größer, je näher man dieser Antenne ist. Außerdem ist diese abhängig vom Empfang. Bei schlechtem Kontakt zur Basisstation muss das Handy ein wesentlich stärkeres Netz aufbauen. Dadurch wird bei schlechtem Empfang der Akku auch viel schneller leer.

Die Probleme

Das Handygespräch verursacht aus die-



sen Gründen am Ohr und im Kopf (oder dort wo das Handy bei einer Freisprech-einrichtung sitzt) ein vieltausendfach höheres Magnetfeld als eine Basisstation. Allgemein anerkannt ist die Tatsache, dass Magnetfelder eine Erwärmung hervorrufen können. Dies wird z. B. bei Mikrowellenherden ausgenutzt. Auch das Handy arbeitet mit Mikrowellen und verursacht Erwärmungen, die umso stärker ausfallen, je mehr Flüssigkeit ein Körperteil enthält. Der Augapfel und das Gehirn sind davon stärker betroffen als z. B. Knochen oder die Haut.

Offene Fragen

Neben der Erwärmung gibt es auch noch nicht-thermische Auswirkungen von Handys. Darüber findet sich sehr Widersprüchliches in den Medien. Und um eines klar zu stellen: Neben dem Riesengeschäft mit der Mobilkommunikation gibt es auch sehr lukrative Geschäfte mit Ängsten! Für mich ist bei der Recherche zu diesem Artikel unklar geblieben, welche Probleme ein empfangsbereites Handy aufwirft. Ging ich zunächst davon aus, dass der Standbybetrieb problemlos sei, so machte mich dann der Stromverbrauch stutzig. Dieser ist zwar geringer als im Aktivbetrieb, aber eindeutig vorhanden. Daher die erste

Empfehlung:

Schalten Sie das Handy möglichst wenig ein. Abgeschirmt wird das Feld durch Metalle, Mauern, u. ä. Daher macht es durchaus Sinn, beim Telefonieren mit dem Handy ins Freie zu gehen oder es im Auto zu vermeiden. Sichtkontakt mit der

Basisstation ist also gut - zumindest wenn man gerade telefonieren will und wenn Sie wissen, dass das, was Sie sehen, zu „Ihrem“ Mobilfunkbetreiber gehört - denn es gibt ja deren fünf in Österreich und jeder hat sein eigenes Netz! Wer auf guten Empfang achtet, gefährdet sich weniger. SMSen ist weniger gefährlich als ein Telefonat, einerseits durch die schnelle Übertragung, andererseits auch durch den größeren Abstand zum Körper.

Kritische Gedanken

Abschließend noch ein weiterer Grund dafür, möglichst wenig per Handy zu telefonieren: Wenn wenig telefoniert wird, ist die Auslastung der Sendekanäle nicht gegeben. Diese wird oft als Grund dafür angegeben, dass neue Basisstationen notwendig sind. Auch in der Eberschwangerstraße trifft dies übrigens zu. Ein Grund dafür, dass die Auslastung immer stärker wird, liegt sicher auch in dem Trend, die Festnetztelefonie ganzer Firmen zu Gunsten von Handys aufzugeben. Die Tarifpolitik der Betreiber fördert das natürlich. Und dann kann schnell das Argument verwendet werden, dass neue Sender ganz einfach notwendig sind, weil so viel telefoniert wird.

Dazu kommt auch noch die neue Technik, Zauberkürzel UMTS. Die riesigen Datenmengen, die damit übertragen werden können, erfordern natürlich ein dichteres Netz an Stationen - und das wiederum für jeden der 5 Betreiber!

Ich persönlich sehe in diesem Konflikt eine für unsere Zeit typische Auseinandersetzung: Geld gegen Mensch. Und im Zweifelsfall ist oft das Geld wichtiger.

Editorial

von David Demiryürek

Oberösterreichs GRÜNE im Aufwärtstrend

Frischer Wind in der Wirtschaftskammer: die GRÜNE Wirtschaft OÖ startet im Frühjahr 2005 erstmals im Rennen um Mandate bei der WK-Wahl.

Oberösterreichs GRÜNE haben in den letzten sieben Jahren eine enorme Aufwärtstentwicklung gemacht. Innerhalb dieses Zeitraums gelang der Aufstieg von der außerparlamentarischen Opposition über den Landtagseinzug zur Regierungspartei. Damit sind die oberösterreichischen GRÜNEN mit Sicherheit jene

Landespartei, die die tollste Erfolgsbilanz der letzten Jahre vorzuweisen hat.

Darüber hinaus sind mittlerweile GRÜNE in 66 Gemeinderäten Oberösterreichs vertreten. Und neun Teilorganisationen sorgen für eine inhaltliche Verbreiterung der GRÜNEN.

Mit einer einzigen Ausnahme konnten in den vergangenen sieben Jahren alle Wahlen auf Landes- und Bundesebene, Regionalwahlen und Wahlen für Interessensvertretungen gewonnen werden.

Als nächsten Schritt unseres Wachs-

tums- und Verbreiterungsprozesses planen wir nun erstmals die Kandidatur bei der kommenden Wirtschaftskammerwahl in Oberösterreich. Viele Selbständige wählen mittlerweile grün. GRÜNE Inhalte werden jedoch von der derzeitigen Wirtschaftskammer nur in Ausnahmefällen vertreten.

Die Zeit ist reif für eine starke GRÜNE Vertretung auch in der Wirtschaftskammer. Mehr zu diesem Thema finden Sie auf Seite 8.



Stadtrat David Demiryök: Handy-Masten: Augen zu und durch?

kurzem an vielen Standorten Sendemasten für das GSM-Netz (GSM = Global System for Mobile Communication) aufgestellt, folgen nun Sendeanlagen für das Mobilfunksystem der dritten Generation, der sogenannten UMTS-Technologie (UMTS = Universal Mobile Telecommunication System).

Hohe Dichte an Sendeanlagen nötig

Das neue Mobilfunksystem ermöglicht wesentlich höhere Datenübertragungsraten als der GSM-Standard. Dadurch werden Services wie E-Commerce, Nachrichtendienste, elektronischer Zahlungsverkehr, Foto- und Videoübertragungen, Lokalisierungsdienste etc. ermöglicht. Das UMTS-Netz erfordert aber eine hohe Dichte an Sendeanlagen, die ähnlich einer Bienenwabenstruktur ein bestimmtes Gebiet (= Zelle) versorgen. Dies führt dazu, dass diese Sendeanlagen nun allmählich in alle Gebiete vordringen und bei vielen Menschen für erhebliche Verunsicherung sorgen.

Betroffene vor vollendete Tatsachen gestellt

Konkret sorgen sich derzeit viele Bewohnerinnen und Bewohner der Schwimmbadstraße, Eberschwangerstraße und Roseggerstraße. Denn am ÖBB-Gelände, nur wenige Meter neben der Eberschwangerstraße, wurde nun eine solche UMTS-Anlage des Telekombetreibers T-MOBILE (Höhe etwa 24 Meter) genehmigt und aufgestellt. Im unmittelbaren Umkreis der Anlage befinden sich jedoch mehrere Siedlungsgebiete mit besorgten Menschen. Ihre Sorgen sind verständlich. Nachdem der Mobilfunkbetreiber alle erforderlichen Prognosen und Berechnungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durchgeführt und eingebracht hat, wurde die Anlage nach der OÖ. Bauordnung genehmigt. Vergessen wurde dabei aber wie so oft auf die Betroffenen, denn die wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Keine Information seitens der Stadt, keine Information durch den Betreiber - warum auch? Der Betreiber ist dafür auch nicht zuständig. Unserer Meinung nach müsste die Stadt, namentlich Bürgermeister Ortig, die Betroffenen informieren, sobald ein Ansuchen eines Mobilfunkbetreibers im Rathaus einlangt.

ÖVP gegen Bürgerversammlung

Wir GRÜNE halten es eigentlich für selbstverständlich, die Betroffenen rechtzeitig zu informieren und aufzuklären. Deshalb haben wir in der letzten Sitzung des Gemeinderates, am 21.10.2004, den

Das Mobiltelefon macht das Leben vieler Menschen einfacher. Es ermöglicht Kontakte zum sozialen Umfeld zu pflegen, sich besser und schneller in der Berufswelt zu bewegen und es kann in manchen Situationen sogar Retter in der Not sein.

Das heißt, manche sehen in der Mobiltelefonie einen wahren Segen, viele betrachten sie als notwendiges Übel und andere wiederum sehen darin ein erhebliches Gesundheitsrisiko.

UMTS:

Mobilfunk der dritten Generation

Bei allen eingangs erwähnten Vorteilen birgt die rasante Entwicklung der mobilen Kommunikation aber auch Nachteile, denn die Kommunikation zu jeder Zeit und an jedem Ort erfordert eine entsprechend dicht ausgebaute und vor allem leistungsfähige Infrastruktur. Genau diese Infrastruktur ist es aber, mit der viele Menschen in ihrer Umgebung nicht leben wollen, oder gar Angst vor gesundheitlichen Risiken haben. Wurden noch bis vor



Sendemasten auch im Stadtzentrum

Antrag auf eine Bürgerversammlung eingebracht. Der Bürgermeister sollte die Betroffenen, den Mobilfunkbetreiber T-MOBILE und einen unabhängigen Experten einladen um zu informieren und die Situation aus Sicht der Stadt darzustellen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von GRÜNEN, SPÖ und FPÖ beschlossen. Fast alle ÖVP-Mandatare stellten sich jedoch - ohne ein einziges Argument vorzubringen - gegen diesen Antrag.

GRÜNE:

Einladung zum Runden Tisch

Nachdem die Bürgerversammlung nach mehreren Wochen noch immer nicht einberufen wurde, haben wir GRÜNE selbst die SprecherInnen der Betroffenen eingeladen. Es war ein Versuch, im Rahmen unserer Möglichkeiten, etwas „Licht ins Dunkel“ der mobilen Kommunikation zu bringen. Teilgenommen haben weiters ein Sprecher von T-MOBILE, ein Vertreter der Strahlenschutzbehörde des Landes OÖ und Referenten des Büros von Umwelt-Landesrat Rudi Anschober. Viele Antworten und Informationen konnten gegeben werden, jede Menge Sorgen und Ängste bleiben aber aufrecht. Gerade aus medizinischer Sicht. Dies konnte an Ort und Stelle natürlich nicht geklärt werden, denn dieses Thema ist seit Jahren auch Inhalt unzähliger wissenschaftlicher Diskurse. Zumindest konnten eine Menge Informationen über die konkrete Sendeanlage, die Technologie, aber auch über rechtliche und politische Voraussetzungen gegeben werden.





Gemeinderat Max Gramberger zu Gentechnik, Photovoltaik und weiteren Themen

Gentechnik für Lebensmittel: kein Problem?

Gentechnik ist relativ jung. Es gibt daher sehr wenig Erfahrung damit und langfristige Folgen sind nicht wirklich abzuschätzen - eine Parallele zum Mobilfunk! Gentechnik wird als Rettung der Hungernden verkauft. Es geht dabei aber auch um massive Interessen der Agro-Industrie.

In der herkömmlichen Landwirtschaft wird Gentechnikfutter, besonders Soja, schon längere Zeit eingesetzt. Dieses stammt großteils aus Südamerika, in Österreich ist der Einsatz der Gentechnik beim Sojaanbau derzeit nicht erlaubt. Biobauern verwenden übrigens kein Gentechnik-Futter!

Die Problematik

Das Problem von gentechnisch verändertem Saatgut liegt darin, dass sich dieses z. B. durch Pollenflug ausbreitet und auf Flächen übergreift, die biologisch oder auch konventionell bewirtschaftet werden. Die Produkte dieser Felder können dann nicht mehr als gentechnikfrei bezeichnet und verkauft werden. Hier setzt auch die Forderung an, dass ganze Regionen gentechnikfrei bleiben sollen. Das wird auch von der schwarz-grünen Landesregie-

rung verfolgt, scheint aber noch nicht bis nach Ried durchgedrungen zu sein.

Was passiert in Ried?

Denn interessanterweise legte sich gerade die ÖVP-Fraktion in Ried quer und versagte unserem Antrag die Unterstützung. Darin ging es um den Schutz und die Unterstützung gentechnikfreier Landwirtschaft, beispielsweise durch Vertragsklauseln in Pachtverträgen oder durch vermehrte Aufklärungsarbeit seitens der Gemeinde. Interessant die Argumentation der ÖVP, die im Wesentlichen auf eine Unterstützung der Gentechnik hinauslief! So meinte etwa Bürgermeister Ortig, dass durch einen solchen Gemeinderatsbeschluss ein Landwirt wirtschaftliche Nachteile haben könnte!

Das wäre auch tatsächlich der Fall, wenn dieser Bauer Gentech-Saatgut einsetzen wollte. Wer aber fragt um den Schaden, den Landwirte im Umkreis dann haben, weil ihre Ernte dann gentechnisch verschmutzt wird?! Ist das Profitinteresse einer kleinen Minderheit von Bauern wichtiger als das Interesse vieler, den KonsumentInnen möglichst einwandfreie Produkte anbieten zu wollen?

Wenn wir positiv denken, dann ist der ÖVP diese „Panne“ wegen mangelnder Auseinandersetzung mit dem Thema einfach „passiert“. Oder gar aus purem Oppositionsgeist? Unser Antrag ist schließlich mit den Stimmen der Allianz angenommen worden. Wenn auch weniger die Tragweite der Entscheidung, sondern die Signalwirkung zur Debatte stand, so hätten sich doch die Bauern und Bäuerinnen sowie die KonsumentInnen eine eindeutige Entscheidung verdient.

Unseren Antrag finden Sie im Übrigen auf unserer Homepage www.ried.gruene.at!

Photovoltaikanlage - (K)ein Signal?

Vor einem Jahr wurde mit großem Medienecho das Imageprojekt der Energie Ried präsentiert: Pläne zu einer Photovoltaikanlage auf der Eislaufhalle. Die Förderungen von Seiten des Landes OÖ waren großzügig, es wird mit einer Amortisationszeit von ca. 10 Jahren gerechnet.

Ab 2015 wird es also aus dieser Anlage quasi Gratisstrom für die Energie Ried geben. Eine Investition in die Zukunft, die in diesem Winter realisiert wird! Insgesamt 170qm Photovoltaik-Zellen werden ca. 16.000 Kilowatt-Stunden pro Jahr liefern,

was einem Stromverbrauch von 5 Haushalten entspricht. Mehr als EUR 50.000 fließen für dieses Projekt nach Ried.

Errichtung im Winter geplant

Leider wurde es verabsäumt, noch weitere solcher Anlagen zu planen. Die Rieder Hauptschulen oder das Feuerwehrgebäude hätten sich da geradezu perfekt angeboten. Da aber jetzt die Förderpolitik des Landes kleinere Anlagen forciert, ist diese Chance verspielt. Wir glauben, dass es auch notwendig ist, langfristige Überlegungen zu einer zukunftssicheren Energieversorgung anzustellen. Und diese kann unserer Einschätzung nach nur in alternativer Energie liegen.

Die Visionen fehlen

Dass kaum Visionen zu einer nachhaltigen Energieversorgung vorhanden sind, ist aus wirtschaftlicher Sicht nachvollziehbar. Dass jedoch auch von Seiten der Politik – und das ist in diesem Fall die ÖVP, denn nur sie ist durch Bürgermeister Ortig und Vizebürgermeister Danninger als Aufsichtsratsvorsitzenden in der Generalversammlung vertreten – keine Vorgaben in diese Richtung kommen, sehen wir als schweren Fehler. Wir treten dafür ein, weitere positive Signale in Richtung Alternativenergien zu setzen, um zu zeigen, dass Ried das Klimabündnis auch wirklich ernst nimmt.

Einkaufen mit Verantwortung: „Grün!“ - hervorragend!

Greenpeace und elf Partnerorganisationen haben mit <http://www.marktcheck.at> eine neue Internetplattform für bewussten Konsum geschaffen, die Marktinfos rund um Einkauf, Ernährung, Körperpflege und Bekleidung liefert.

Für die Benutzung der Datenbank ist nur eine kostenlose Registrierung erforderlich. Zentraler Teil der Website ist eine Produktdatenbank mit derzeit 1.000 Produkten - Top-Seller des österreichischen Kosmetik-, Getränke- und Lebensmittelhandels. Die Produkte werden einer Bewertung unterzogen, die sich aus folgenden drei Kriterien zusammensetzt: Ökologie (Inhaltsstoffe, Risiko-Chemie, Gentechnik, Verpackung und Transport) Tierschutz und Soziales. Helmut Adam von der Südwind Agentur: „Die sozia-



le Verantwortung spielt besonders bei Produkten eine Rolle, die aus der so genannten Dritten Welt kommen. Normaler Kaffee ist mit hungernden Kleinbauernfamilien verknüpft, Schokolade mit Kinderarbeit, Bananen mit von Chemie kranken Arbeitern. marktcheck.at zeigt Produkte, die garantiert unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt werden.“

Die Bewertungsskala entspricht einem erweiterten Ampelsystem: „rot“ (ungeeignet), „orange“ (kritisch), „grün“ (gut), „grün!“ (hervorragend). „Werden Informationen zu bestimmten Produktkategorien vom Hersteller verschwiegen, werden die Produkte aufgrund des Mangels an Informationen und Transparenz mit rot bewertet“, so Thüllen. Dies sei der Fall bei nicht deklarierten Inhaltsstoffen, Gentechnik im Tierfutter, Transport und Tierschutz bei Kosmetik, Tierversuchen.

Derzeit finden sich vor allem viele Bio-Produkte in dieser Datenbank, sie soll aber um konventionelle Produkte erweitert werden. Außerdem bietet die Website viele Tipps für gesunde Ernährung und Einkaufen mit Verantwortung.

Ahorn weg am Ahornweg!

Ein trauriges Kapitel der Rieder Umweltpolitik findet in den nächsten Monaten seinen Höhepunkt: 5 Ahornbäume am Ahornweg wurden auf ihre Standsicherheit überprüft, und diese Prüfung ergab problematische Werte.

So werden in nächster Zeit einige der Bäume gefällt werden müssen, weil sie im Wurzelbereich nicht mehr die nötige Festigkeit besitzen. Zurückzuführen ist das einerseits auf Anschüttungen durch die Anrainer und andererseits durch eine Leitungsverlegung der Energie Ried am Ahornweg, bei der ein Teil der Wurzeln abgegraben wurde.

Gleichzeitig ist eine Neuanpflanzung wegen dieser Leitung sehr problematisch. Zusätzlich hat die Stadt Ried den Grund, auf dem die Ahornbäume stehen, an die Anrainer zurückgegeben. Sie hat also hier die Gestaltungsmöglichkeit aus der Hand gegeben, wogegen wir seit Jahren aufgetreten sind. Das Ergebnis wird in den nächsten Monaten und Jahren zu sehen sein.



DIE GRÜNEN

Gemeinderat Dr. Benno Wageneder zur Rieder Messe und zum Landeseinschaubericht



Neuer Geschäftsführer

Da war ich doch schon mal. Bei einem Assessment-Center der Rieder Messe auf der Suche nach einem Geschäftsführer.

War es vor einigen Jahren die renommierte Firma Catro, ein Personalberatungsbüro, so sind es jetzt Dkfm. Hochrainer und Mag. Schuldenzucker, die den Stadtvätern helfend zur Seite stehen. Auswahlverfahren sind kein Honiglecken für die Bewerber/Bewerberinnen. Tarnen und täuschen kann ins Auge gehen. Verkaufen muss man/frau sich aber gut können. „Ich will da ganz ehrlich sein“, kommt als Stehsatz häufig vor.

Vor Neid erblicke ich, wenn vom steilen Aufstieg dieser Jungmanager zwischen 30 und 40 die Rede ist. Und wenn es da und dort Brüche in der Bilderbuchkarriere gibt, dann nur solche, aus denen man lernen kann und stärker hervorgeht. Gefragt ist ein „Wunderwuzzi“ (O-Ton Vizebürgermeister Danninger) auf dem Schleudersitz der Messe. Berichtet wird tatsächlich von Wunder- und Heldentaten der Aspiranten und der einen Aspirantin, die nachmittags noch in London zu tun hatte.

Von Markteroberung, Umsatzsteigerungen, Markenstrategie usw. ist die Rede, so als ob es an der Wirtschaftsfront kriegerische Schlachten zu schlagen galt. Wann hatten diese Manager der zweiten Ebene bloß Freizeit und Langeweile? Kam da vor lauter Studium, Praktikum, Projektarbeit, die Familie nicht zu kurz? Sie strotzen vor Selbstbewusstsein und schreiten zum Shakehands, ob man es will oder nicht. Schlagfertig beantworten sie die immer wieder gestellten Fragen (Was hat Sie im letzten Job am meisten belastet? Was war Ihr größter Erfolg?).

Wer ehrgeizig ist, strebt weiter nach oben. Die Rieder Messe ist eine Bewährungsprobe am Weg zur Spitze, zwei bis vier Jahre lang. Dafür gibt es 60.000 brutto

und eine Leistungsprämie bei Umsatzsteigerung. Wir wünschen viel Erfolg.

Diesen Erfolg wünschen wir nun Helmut Slezak. Der Ex-SVR-Manager wurde kurz vor Redaktionsschluss vom Stadtrat zum neuen Geschäftsführer der Rieder Messe GmbH bestellt.

Die fetten Jahre sind vorbei!

Auf Herz und Nieren überprüfte die Abteilung Gemeinden vom Amt der OÖ Landesregierung den Haushalt der Stadtgemeinde zwischen 2001 und 2004.

Die Prüfer kommen zum Ergebnis, dass sich der Handlungsspielraum der Stadt in den letzten Jahren beträchtlich verringert hat. Auch in den nächsten Jahren ist eine Verschlechterung der Haushaltssituation zu erwarten. Von der Stadt verlangt man geeignete Gegenmaßnahmen. Das heißt, dass freiwillige Ausgaben (Subventionen) zu reduzieren sind, Gebühren- und Tarifierhöhungen ins Haus stehen. Die Stadt müsse sich fragen, ob sie die eine oder andere nicht zum Kernbereich zählende Aufgabe weiterhin übernimmt. Vereinfacht gesagt heißt das: die fetten Jahre sind vorbei.

Ohne Leitbild orientierungslos

Wir Grüne wurden zum Teil in unserer Kritik bestätigt. So kritisiert der Einschaubericht, dass das Leitbild aus dem Jahr 1993 mit der Bezeichnung „Ried 2005“ und dem Slogan „Von der Versorgung zur Erlebnisstadt“ zum Teil überholt wäre und einer Aktualisierung bedürfe. Einige Ziele des Leitbildes sind umgesetzt worden, neue Ziele hinzugekommen. Im Rahmen der Neuauflage des Leitbildes fordern die Prüfer eine breit angelegte Umsetzungsdiskussion inner- und außerhalb der Stadtverwaltung. Leider hat Bürgermeister Ortig den „Agenda 21“ Prozess vor der Wahl 2003 eher gebremst, als gefördert. Ohne Leitbild weiß die Stadt nicht, wo es lang geht. Es fehlt die langfristige Orientierung. Die Stadt scheint den Wert und den Zweck eines Leitbildes nicht zu erkennen, ansonsten wäre die folgende Stellungnahme Ende November 2004 an das Land OÖ anders ausgefallen als: „Der Stadtentwicklungsausschuss wird sich mit der Neuauflage des Leitbildes umgehend befassen und Möglichkeiten zu finden wissen, wie mit den noch eingeschränkteren finanziellen Möglichkeiten eine Umsetzung möglich wird.“



Unsere Vertreter im Sozialausschuß Dr. Harald Retschitzegger wurde mit dem Menschenrechtspreis des Landes Oberösterreich ausgezeichnet. Wir freuen uns mit ihm.

Am 17. Dezember 2004 wurde in einer feierlichen Stunde im Landhaus der Preis an ihn und drei weitere MitarbeiterInnen aus dem oö. Hospizbereich (Hieronyma Wagnermaier, Dr. Franz Doblhofer, Dr. Johann Zoidl) verliehen. Sie erhielten diesen Preis für ihre Ver-

Das Leid lindern helfen - Menschenrechtspreis für Dr. Harald Retschitzegger

dienste im Bereich der Palliativmedizin („lindernden Medizin“) und der Hospizarbeit in Oberösterreich.

Dr. Retschitzegger unterstützt seit 2003 die Grünen in Ried. Seit der Eröffnung 1998 ist er als Leiter der Palliativstation am Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern Ried tätig. Nach der Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin am Krankenhaus der Elisabethinen Linz, leitete er dort von 1996 – 1998 ein Projekt für Hospizbetreuung. 1994 war er Gründungsmitglied des ersten Hospizvereines in OÖ und langjährig dessen Vorsitzender. Mittlerweile hat er in unterschiedlichen Bereichen seine Erfahrungen einbringen können. Seit einigen Jahren ist er auch Lehrbeauftragter an der Medizinischen Universität Wien, von 2001 bis 2002 gehörte er als österreichischer Vertreter einem Expertenkomitee des Europarates an, dessen Ergebnisse jüngst veröffentlicht worden sind („Recommen-

dation Rec (2003) 24 of the Committee of Ministers to member states on the organization of palliative care“).

Seine wesentliche Ausbildung verdankt er einem Diplomstudium für Palliativmedizin an der Universität Cardiff (GB) und Hospitationen in England und Deutschland in verschiedenen Palliativeinrichtungen.

In Ried hat er am Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern und - wie er sagt - „im besten Team, ohne das diese Tätigkeit nicht möglich wäre,“ optimale Arbeitsbedingungen zur Verwirklichung seiner weiteren beruflichen Ziele gefunden. Sein langfristiges Anliegen ist es, von Ried aus weiterhin in Oberösterreich und darüber hinaus mitzuhelfen, dass sich eine palliative Kultur entwickeln kann, die allerorts die bestmögliche Behandlung und Betreuung von schwerkranken Menschen gewährleisten und anbieten kann.



Fraktionsvorsitzende Julia Csongrady: Wie entstanden eigentlich die Bilder im Bilderbuch?

sches Begleit-Projekt“ gestartet werden. Eingeleitet wurde das Projekt durch eine von Bezirksschulinspektor Schamberger und der ARGE-Leiterin für Bildnerische Erziehung, Karin Walch, organisierte Fortbildungsveranstaltung des Pädagogischen Instituts (PI) für LehrerInnen.

Im November hatten Schulklassen und Kindergartengruppen aus dem Bezirk Ried die Möglichkeit, mit den Künstlern der Arbeitsgemeinschaft BUNTWERK (Meinrad Mayrhofer, Guggi Wesch, Markus Maurer, Josef Brescher, Annemarie Dämon) verschiedenste Drucktechniken auszuprobieren und in die phantastische Welt von Marlene Reidel einzutauchen. Nach einem Rundgang durch die Ausstellung der bekannten Kinderbuchautorin unterstützten die BUNTWERKER alle jungen Workshop-Teilnehmer in der Umsetzung ihrer eigenen Ideen.

Die Finanzierung des Projektes erfolgt durch Materialkostenbeitrag der SchülerInnen und über das Kulturbudget der

Stadt Ried sowie durch Materialsponsorung der Fa. Farben Reiter. Insgesamt 16 Schulklassen und Kindergartengruppen hatten die Möglichkeit, an dem Museumspädagogischen Projekt teilzunehmen. Eine oder mehrere Gruppen der Kindergärten, Volks- und Hauptschulen aus Ried, Neuhofen, St. Martin, Eberschwang, Mettmach, Obernberg, sowie Gruppen der Bildungseinrichtungen „Schmetterling“ nahmen das Angebot im Volkskundehaus begeistert wahr.

Für Kinder, die Lust auf eine Fortsetzung der Druckwerkstatt bekamen und all jene, die mit ihrer Klasse nicht in den Genuss des Workshops kamen, gab es an zwei Nachmittagen im November die „offene“ Druckwerkstatt. Mit diesem Projekt trägt die Stadt Ried dazu bei, dass Kinder bereits sehr früh einen Zugang zur Kunst und zum eigenen kreativen Tun finden. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung geleistet.

Die Ausstellung Marlene Reidel „Kasimir und Co.“ mit ihren zaubernden Kinderbuchillustrationen und -themen bot genügend Anlass, Inhalte wie auch die Arbeitsweise von Fr. Reidel didaktisch aufzubereiten und ein Kunstvermittlungs-Projekt umzusetzen.

Auf Initiative von Kulturausschuß-Obfrau Julia Csongrady konnte in Zusammenarbeit mit Kulturamts-Leiterin Dr. Sieglinde Baumgartner und dem BUNTWERK-Team ein „Museumspädagogi-

Danke, Lydia!

Am 13. November 2004 mussten wir uns am Rieder Friedhof von Lydia Berneder (48) verabschieden. In den zwei Jahren, in denen wir ihre wertvolle Mitarbeit und vor allem ihr soziales Engagement schätzen lernten, haben wir auch miterlebt, welch lebensbejahender Mensch Lydia war. Trotz ihrer schweren Krebserkrankung. Wir sind traurig über den Verlust an menschlicher Wärme, Herzlichkeit und Lebensfreude. Wir sind traurig, dass Lydia nun nicht mehr unter uns ist. Wir sind dankbar für die Zeit mit ihr. Die Grünen Ried.





Landtagsabgeordnete Maria Wageneder: Kinderbetreuung - mehr Angebote im Innviertel schaffen!

Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Zukunftsweisende Kinderbetreuungseinrichtungen sollten Strukturen aufweisen, die es ermöglichen auf gesellschaftliche Veränderungen schnell und flexibel reagieren zu können. Dabei ist auf die Bedürfnisse der Kinder nach Kontinuität und Geborgenheit, aber auch auf die Bedürfnisse der Familien nach Vereinbarkeit mit dem Beruf einzugehen.

Unsere gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind großteils noch auf das Muster der Familien in der Industriegesellschaft zugeschnitten. Diese sah den Mann als Familienerhalter und die Frau vorrangig zuständig für Betreuungs- und Hausarbeiten.

Dass sich dieses Muster auch in den ländlichen Regionen immer mehr überholt, zeigt die Zunahme von unterschiedlichsten Familienformen, wie AlleinerzieherInnen, Patchwork-Familien, Kleinstfamilien oder Teilfamilien. Außerdem wollen junge Frauen Kinderbetreuung und Beruf vereinbaren können. Aber auch die Vorstellungen junger Männer wandeln sich, wie aktuelle Umfrageergebnisse des Sozialministeriums bestätigen. 50% der zukünftigen Väter können sich vorstellen, die Familienarbeit gleichwertig mit ihrer Partnerin zu teilen.

Positive Effekte verbesserter Kinderbetreuung

- In skandinavischen Ländern und Frankreich, wo Kinderbetreuungseinrichtungen großzügiger als bei uns angeboten werden, finden wir sowohl hohe weibliche Erwerbsquoten, als auch eine höhere Geburtenrate vor.
- Wissenschaftliche Studien zeigen: Werden Frauen entgegen ihrer Wünsche in die traditionelle Hausfrauenrolle gedrängt, stellt sich dies als Risiko für das Funktionieren einer Partnerschaft dar.
- Eltern, die bei der Erziehung ihrer Kinder durch institutionelle Betreuungsangebote unterstützt werden, gestalten die gemeinsame Zeit mit ihren Kindern besonders intensiv.
- Ein leichter Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen erhöht die Chance der

Kinder zu einer umfassenden Bildung und trägt vor allem bei den vielen Einzelkindern zu einer positiven Sozialentwicklung bei.

- Ausgaben für Kinderbetreuungseinrichtungen sind Investitionen von hohem volkswirtschaftlichem Wert. Die positive Auswirkung früher institutioneller Förderung auf den weiteren Bildungs- und Lebensweg spart in den Bereichen Schule und Sozialhilfe Kosten ein. Eine Empfehlung des deutschen Familienministeriums stellt fest: Jeder in Kinderbetreuung investierte Euro bringt der Gesellschaft mittelfristig vier Euro Ertrag.

„Das Wohl des Kindes, die Wahlfreiheit der Eltern, soziale Gerechtigkeit und hohe pädagogische Qualität“ – dies sind die Prinzipien, nach denen Betreuungseinrichtungen geschaffen werden sollen, fordert Maria Wageneder, Landtagsabgeordnete der GRÜNEN.

Der mittlerweile sechste Kinderbetreuungsatlas der Arbeiterkammer (Stand: 2004) zeigt den Ausbau der Betreuungseinrichtungen inklusive Tagesmütter in jeder Gemeinde auf. Er unterscheidet nach Angebotsqualität fünf Kategorien:

- A:** Kindergartenöffnungszeiten länger als 8 Stunden, Krabbelstube und Hort bzw. Nachmittagsbetreuung
- B:** Kindergartenöffnungszeiten länger als 8 Stunden, Krabbelstube oder Hort bzw. Nachmittagsbetreuung
- C:** Kindergartenöffnungszeiten länger als 8 Stunden, keine Krabbelstube, kein Hort bzw. Nachmittagsbetreuung
- D:** Kindergarten mit Mittagessen, keine Krabbelstube, kein Hort bzw. Nachmittagsbetreuung
- E:** Kindergarten mit Mittagspause, keine Krabbelstube, kein Hort bzw. Nachmittagsbetreuung

Angebote im Bezirk Ried

Bezirkswweit betrachtet sticht leider eine große weiße Region (= Kategorie E) südlich der Stadt Ried hervor. Im nördlichen Teil des Bezirkes sind die Betreuungsangebote besser. Weiters erreichen die Gemeinden Mehrnbach und Tumeltsham die Kategorie B. Die drittbeste Bewertung (C) erhalten die Gemeinden Aurolzmünster, Geinberg, St. Martin und Taiskirchen. Die Zahl jener Gemeinden, die ihr Angebot von Kategorie E auf D verbesserten, verdoppelte sich. Dazu zählen die Gemeinden Antiesenhofen, Gurten, Mörschwang, Mühlheim, Obernberg, Ort im Innkreis und St. Georgen. Positiv anzumerken ist auch die Durchführung des Versuches der Aufnahme un-

ter Dreijähriger in St. Georgen. Die Stadt Ried erreicht die Kategorie A.

Angebote der Tagesmütter

In ungefähr zwei Drittel der Gemeinden betreuen Tagesmütter Kinder. Dieses Angebot stellt eine wichtige Ergänzung zur institutionellen Betreuung, vor allem für unübliche Zeiten und für ganz kleine Kinder dar. Grundsätzlich soll es aber in den Gemeinden eine Wahlmöglichkeit zwischen institutioneller Betreuung und Tagesmüttern geben.

Neu im Gesetz:

Altersgemischte Gruppen

Im März 2005 werden im Landtag die erfolgreich erprobten altersgemischten Gruppen gesetzlich verankert. In diesen kleineren Gruppen können dann unter Dreijährige gemeinsam mit Regelkindergartenkindern (3 bis 6 Jahre) und/oder Schulkindern (an Nachmittagen) betreut werden.

LAbg. Maria Wageneder: „Ich freue mich über die Verwirklichung dieser zusätzlichen Möglichkeit, die ein erweitertes Betreuungsangebot, besonders für den ländlichen Raum, bietet.“ Eine GRÜNE Forderung nach Finanzierung der Gehälter für die zweite Fachkraft konnte zumindest in der Höhe von 50% für finanzschwache Gemeinden durchgesetzt werden. Wageneder: „Ich ermutige alle Eltern, sich bei Bedarf rechtzeitig bei ihren Wohnortgemeinden zu melden, damit diese zusätzlichen Betreuungsplätze geschaffen werden!“

Sprechtage mit Maria Wageneder

Landtagsabgeordnete der GRÜNEN
Mittwoch, 22.12.2004 ab 13 Uhr

Ort: GRÜNES Büro Ried
Adresse: Adalbert-Stifter-Straße 16
4910 Ried im Innkreis

Wir bitten um Voranmeldung unter:
0732/ 7720 DW 87

GRÜNE übersiedeln

Ab 1. Jänner 2005
finden Sie uns zentrumsnah
unter folgender Adresse:
Bahnhofstraße 20
4910 Ried im Innkreis
Tel.+ Fax 07752/87483
e-mail: ried@gruene.at
www.ried.gruene.at

Wirtschaftskammerwahl 2005: GRÜNE kandidieren erstmals in Oberösterreich

Die GRÜNE Wirtschaft Oberösterreich startet im Frühjahr 2005, am 14./15. März, erstmals im Rennen um Mandate bei der Wirtschaftskammerwahl.

Bereits bei der letzten Kammerwahl im Jahr 2000 konnte die GRÜNE Wirtschaft, die damals nur in Wien angetreten war, mit einem Wiener Landesergebnis von insgesamt 5,7% der Stimmen einen Achtungserfolg erzielen. In jenen 43 Fachorganisationen, in denen die Grüne Wirtschaft kandidiert hatte, lag das Ergebnis sogar bei 9,2%.

In den vergangenen Jahren sind in allen Bundesländern erfolgreich Landesgruppen der GRÜNEN Wirtschaft aufgebaut worden. Im Oktober 2001 wurde die GRÜNE Wirtschaft OÖ als Teilorganisation der GRÜNEN OÖ gegründet.

Ökonomisch, ökologisch und sozial

Die GRÜNE Wirtschaft OÖ sieht die Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als wichtigen Baustein, um eine gesamtgesellschaftlich nachhaltige Entwicklung auf nationaler und globaler Ebene zu ermöglichen.

Es ist Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb zu gestalten und dem Prinzip der „Kostenwahrheit“ in unserem Wirtschaftssystem zum Durchbruch zu verhelfen. Dem entsprechend wollen wir die Rahmenbedingungen mitgestalten und so ein öko-

logisches und menschengerechtes Wirtschaften fördern und ermöglichen. Dies bedeutet den Umbau des Steuersystems, die Entwicklung innovativer Wirtschaftsförderungsinstrumente sowie eine Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsquote.

Als Interessensvertretung der kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Bundesland wollen wir GRÜNE frischen Wind in die Wirtschaftskammer tragen. Wichtig ist uns die Vertretung und Unterstützung von Unternehmen in den Bereichen Umwelt- und Energietechnik. Das ist ein Zukunftsmarkt, den es in OÖ zu fördern und zu stärken gilt.

Ein weiterer Schwerpunkt wird darin liegen, grüne Positionen zu den Themen „Kommunale Wirtschaftsförderung und Sicherung des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich“ unter dem Aspekt der Entwicklung und Stärkung der Infrastruktur in den Regionen umzusetzen.

Wir brauchen eine lebendige Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze, um unsere ländlichen Regionen als vitale Wohn- und Lebensräume zu erhalten. Dies gilt insbesondere für das Innviertel.

Infos unter:

GRÜNE Wirtschaft Oberösterreich
Marianne Gugler und Ines Ahamer
E-Mail: office-ooe@gruenewirtschaft.at
Tel: 0732/739400-24
www.gruenewirtschaft.at

Nachtkerzen - ade!

Ein Beitrag zum Nach-Denken von Prof. Rupert Lenzenweger

Hinter den sogenannten „Südtirolerhäusern“ an Voglweg und Riedauerstraße waren zur Zeit ihrer Entstehung Gemüsegärten angelegt worden, die im Laufe der Jahrzehnte verwilderten. Auf diesem Areal siedelten sich allerlei Pflanzen an, unter anderem ganz besonders viele Nachtkerzen. Es war eine wahre Freude, ihre großen gelben Blüten in den Abendstunden sich entfalten zu sehen und deren herben Duft zu genießen. Viele Nachtschmetterlinge besuchten diese Blüten, deren Nektar ihnen als Nahrung diente, wobei sie so nebenbei auch die Blüten bestäubten. Aber auch Hummeln, Bienen und viele andere blütenbesuchende Insekten fanden hier einen gedeckten Tisch.

Dieses kleine, beschauliche Fleckchen Natur ist seit einiger Zeit nicht mehr vorhanden! Offenbar war es einigen Menschen ein Dorn im Auge. Menschen, die kein Gespür für Schönheit und kein Gefühl für eine natürliche Umwelt haben. Aus dummem Ordnungsdrang heraus wurden und werden solche kleinen Refugien brutal und respektlos vernichtet. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass gerade solche Menschen immer die Oberhand behalten, während schützende Stimmen einfach übergangen werden. Dabei sind solche „Mistgötter“ wertvolle ökologische, artenreiche Nischen zwischen grauen Wohnblöcken oder sterilen Gärten mit deren bodenbelagähnlichen Rasenflächen.

Anstelle der einstigen abendlichen Blütenpracht bedeckt jetzt ein monoton-grüner, ökologisch geringwertiger Rasen die Fläche und dem absurden Ordnungsempfinden einiger Menschen ist damit Genüge getan!

Es gibt aber auch positive Beispiele, die nicht unerwähnt bleiben sollen: Gegenüber der Kapelle am Wiesenweg entlang der Breitsach in Richtung Hohenzell hat sich auch eine einsame Nachtkerzenpflanze angesiedelt. Irgend jemand hat die Wiese gemäht und die blühende Nachtkerze stehen gelassen! Hier war, im Gegensatz zum vorherigen Beispiel, ein natürlich empfindender Mensch am Werk! Dies sei ihm herzlich gedankt!



DIE GRÜNEN

*Wir danken unseren Kunden und
Freunden für ihr Vertrauen und
wünschen allen für die bevorstehenden
Festtage Ruhe und Zufriedenheit,
für das kommende Jahr Gesundheit
und Erfolg.*



**Schusterbauers
Druck Service**

Impressum:

Die GRÜNEN Ried

Adalbert-Stifter Straße 16,
4910 Ried im Innkreis
Tel./Fax.: 07752/87483
e-mail: ried@gruene.at
www.ried.gruene.at

Redaktionsteam:

David Demiryürek, Dr. Wolfgang Pirker
Fotos: Die GRÜNEN RIED

Druck: Schusterbauers Druckservice,
Griesgasse 6a,
4910 Ried im Innkreis

Termine:

Frauenfilmabend

Dienstag, 8. März 2005
Beliebter Frauentreff mit
cineastischen Leckerbissen
im Stadtkino Stefan

ATTAC Österreich

Nächstes Treffen der
Regionalgruppe Bezirk Ried:
13. Jänner 2005, 19.00 Uhr,
AK-Ried, Sitzungszimmer E2
Weitere Informationen:
Annemarie Dämon,
am.daemon@aon.at
0664 / 28 12 602

ATTAC sucht Interessierte, die sich zu den Themen Land- und Forstwirtschaft bzw. Bildungs- und Gesundheitswesen einbringen wollen. Natürlich sind auch all jene, die sich mit den Forderungen von ATTAC identifizieren können, herzlich willkommen.